

6.4 **Bewilligung einer überplanmäßigen Aufwendung**

Vorlage: BV-006/2022

Auf Nachfrage von Herrn Weiss erläutert Herr Bewer, dass es sich bei der es sich dabei nur um die Kosten für die Beseitigung des Hackerangriffs handelt. Die Auflistung, die per Mail nachgereicht wurde, beinhaltet die Kosten zur Verbesserung der IT-Sicherheit und ist in den 51.696,38 € nicht enthalten.

Herr Poppe bedankt sich für die Zuarbeit der zweiten Auflistung (Maßnahmen für die Verbesserung der IT-Sicherheit). Er bittet darum, dass solche Sachen rechtzeitig vor der Sitzung zugearbeitet werden.

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der überplanmäßigen Aufwendung in Höhe von 51.696,38 € zu.

Abstimmungsergebnis:	mit	20	Ja - Stimmen	
	gegen	0	Nein - Stimmen	
	bei	0	Stimmenthaltungen	beschlossen

6.5 **Sicherer Hafen Angermünde**

Vorlage: BV-146/2021

Herr Schindler macht Ausführungen zur Beschlussvorlage. Die Vorlage wurde erstmals im BKSA am 11.08.21 als Beratungsvorlage behandelt. Im darauffolgenden Hauptausschuss wurde die ursprüngliche Vorlage angepasst. In der Hauptausschusssitzung im Oktober wurde der Wunsch geäußert, erneut in Diskussion zu treten. Mit weiteren Fraktionen konnte kein Konsens gefunden werden. Im Kern geht es darum, dass geprüft wird, ob Angermünde über den Königssteiner Schlüssel hinaus Flüchtlinge aufnehmen kann. Dies ist auch das Grundsatzbekenntnis, dass wir bereit sind, Geflüchtete über den Königssteiner Schlüssel hinaus, in Angermünde willkommen zu heißen. Es ist weiterhin auch ein Appell für die Schaffung legaler Wege zur Zuwanderung und es soll ein runder Tisch geschaffen werden, um aufzuzeigen, was die Bedarfe der Geflüchteten sind und wie Angermünde für eine gelungene Integration sorgen kann. Es geht im letzten Punkt auch darum, dass wir ein Zeichen setzen, dass wir es entschieden verurteilen, dass Menschen auf dem Mittelmeer ertrinken müssen. Die Stadt Angermünde soll eine Patenschaft übernehmen für eine Seenotrettungsmission und dafür eine Spende in Höhe von 2.500 € zur Verfügung stellen. Er stellt den Antrag auf Rederecht für Frau Kuhl und Herrn Herms. Er bedankt sich für die Fragen von Herrn Winkler und die Zuarbeit der Verwaltung dazu.

Herr Winkler merkt an, dass die Beantwortung der Fragen zu spät erfolgt ist.

Herr Schindler bittet darum, dass solche Fragen in Zukunft direkt an die einreichende Fraktion gestellt werden sollen.

Herr Maaß bemerkt, dass er weiterhin zu seinen Ausführungen aus der Sitzung des Hauptausschusses steht. Er äußert sich kritisch gegenüber der Beschlussvorlage und zur Organisation Seebrücke. Er bemängelt, dass man im Antrag keine Ansätze zur besseren Integration der bereits hier lebenden Asylbewerber findet. Das Argument der Fachkräfte erachtet er seit 2017 als nicht mehr stichhaltig. Er vermisst Aussagen zur Finanzierung, Unterkunft und dergleichen, aber auch zur Integration. Er glaubt nicht, dass die Verwaltung in der Lage ist, Wohnungen anzumieten, Betreuungen zu organisieren und die Finanzmittel aufzubringen. Er verweist auf die Stadt Rensburg, die diesem Bündnis beigetreten ist und aufgrund ihrer sehr hohen Flüchtlingszahlen gebeten hat, die Zuweisung zu stoppen. Für legale Zuwanderungsmöglichkeiten ist der Bund zuständig. Bezüglich der Unterstützung der Seenotrettung muss man sich die Frage stellen, ob es sich um eine legale Aktion handelt, wenn die Staatsanwaltschaft ermittelt. Er möchte sich nicht dem Verdacht der Beihilfe zum Menschenschmuggel aussetzen. Er distanziert sich ausdrücklich von solchen

Aktionen und empfiehlt, diesem Antrag nicht zuzustimmen. Er wäre bereit aktiv bei einer Erstellung eines Integrationskonzeptes mitzuwirken.

Herr Poppe merkt an, dass die einreichenden Fraktionen versucht haben, mehrere Prüfaufträge zu formulieren. Die Verwaltung soll dann in die Diskussion mit den Abgeordneten gehen um zu sehen, was man mehr tun kann, als die Gesetzgebung derzeit vorsieht.

Herr Grenz möchte wissen, wie die Integration in Angermünde gestaltet ist, wie die Ziele sind und ob diese erreicht wurden. Er fragt, ob es eine Übersicht gibt, die darstellt, wie viele Geflüchtete in Angermünde geblieben sind.

Herr Schindler geht auf das Gesagte von Herrn Grenz ein. Er verweist auf den Bericht des ehrenamtlichen Integrationsbeauftragten aus der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 15.12.2021. Der Antrag dient auch dazu, genauer hinzuschauen, ob Rahmenbedingungen für die Integration verbessert werden können. Er bittet den Vorsitzenden, über das Rederecht für Herrn Herms und Frau Kuhl abzustimmen.

Herr Winkler bemerkt, dass Herr Aziz bei seiner Arbeit unterstützt werden sollte. Er bezieht sich auf seine schriftlich eingereichten Anfragen zur Spende, die zunächst beantwortet werden sollte. Bedarf auf Rederecht hat er nicht.

Abstimmungsergebnis zum Antrag auf Rederecht: mit 15 Ja-Stimmen gegen 6 Nein-Stimmen zugestimmt.

Frau Kuhl bedankt sich für das Rederecht und für die Einführung von Herrn Schindler. Zur Aussage von Herrn Maaß bemerkt sie, dass diese Punkte bereits in der Sitzung des Hauptausschusses geklärt wurden. Die linksextreme Organisation stellt eine Lokalgruppe in Hamburg dar und steht nicht für die Seebrücke deutschlandweit. Davon möchte sie sich auch distanzieren. Sie berichtet von zunehmenden Rassismus auch in Angermünde, welche die Not und die Dringlichkeit dem entgegen zu setzen klar aufführt. Wenn sich Angermünde zum Sicheren Hafen erklärt, wäre das ein wichtiger Schritt. Die Organisation möchte die Stadt bei der Umsetzung des Beschlusses unterstützen. Sie berichtet von mehreren Kundgebungen und Aktionen in der letzten Zeit. Es wurden Unterschriften von Menschen gesammelt, die fordern, dass sich Angermünde zum Sicheren Hafen erklärt. Die Unterschriftensammlung wird Herrn Krakow überreicht.

Die Stadtverordnetenversammlung Angermünde unterstützt, wie zahlreiche andere Kommunen der Bundesrepublik die Initiative ekcürbeeS, – schafft sichere Häfen“. Angermünde ist bereit, weiterhin Geflüchtete freiwillig aufzunehmen. Deshalb erklärt sich Angermünde offiziell zum Sicheren Hafen für Geflüchtete.

Die Stadtverordnetenversammlung Angermünde appelliert an die Bundesregierung, sich weiterhin und verstärkt für die Bekämpfung der Fluchtursachen einzusetzen, insbesondere für eine gerechtere und effektivere Entwicklungshilfe- und Klimaschutzpolitik, sowie dafür, dass die Menschen auf dem Mittelmeer gerettet werden und innerhalb Europas menschenwürdig aufgenommen werden.

Der Bürgermeister wird beauftragt:

- 1) den Beitritt zum Bündnis „Städte sicherer Häfen“ zu vollziehen und durch Veröffentlichung bekannt zu machen.*
- 2) die zusätzliche Aufnahme von weiteren Geflüchteten in Angermünde über die durch den Königsteiner Schlüssel geregelte Aufnahme hinaus zu prüfen.*
- 3) über das Bündnis „Städte sicherer Häfen“ einen gemeinsamen Appell an die Bundesregierung zu initiieren, welcher sich für die Schaffung legaler Zugangswege nach Deutschland ausspricht.*

- 4) *die Unterstützung von Initiativen zu prüfen, die sich für die Schaffung gesetzlicher Grundlagen zur erleichterten Aufnahme von Flüchtlingen durch Bund und Länder einsetzen*
- 5) *gemeinsam mit dem Integrationsbeauftragten und Geflüchteten Bedarfe in Maßnahmenplanungen der Stadt Angermünde erarbeiten. Die Maßnahmenplanung soll als fortlaufendes Konzept verstetigt werden. Über die aktuellen Bedarfe soll in jeder dritten Stadtverordnetenversammlung Bericht erstattet werden.*
- 6) *im Jahr 2022 eine Patenschaft für eine Mission der Seenotrettung zu übernehmen, diese geschieht in Form einer finanziellen Beteiligung i.H.v. 2.500,-€.*

Abstimmungsergebnis: mit 14 Ja - Stimmen
gegen 6 Nein - Stimmen
bei 0 Stimmenthaltungen beschlossen

6.6 Weiterentwicklung des Jugendkulturzentrums "Alte Brauerei"

Vorlage: BV-003/2022

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Weiterentwicklung des Jugendkulturzentrums „Alte Brauerei“, Heinrichstraße 11 in Form des Ausbaus des Obergeschosses auf der Grundlage der anliegenden Planungsüberlegungen.

Abstimmungsergebnis: mit 20 Ja - Stimmen
gegen 0 Nein - Stimmen
bei 0 Stimmenthaltungen beschlossen

6.7 Durchführung des 10. Internationalen Hartgesteinsymposiums "Glaziale Brandenburg" im Jahr 2023

Vorlage: BV-184/2021

Herr Poppe merkt an, dass er es schön finden würde, wenn dies zur Tradition entwickelt wird.

Herr Abel schlägt vor, dass im Zusammenhang mit der Neugestaltung des Friedensparkes eine Art Preis ausgeschrieben werden kann und jemand von den Künstlern einen Wasserspielplatz baut. Des Weiteren sollten die Dörfer mehr mit einbezogen werden.

Herr Grenz wünscht sich auch, dass die Ortsteile mehr einbezogen werden.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt,

1. *Der Bürgermeister wird beauftragt, die Durchführung des 10. Internationalen Hartgesteinssymposiums „Glaziale Brandenburg“ im Jahr 2023 vorzubereiten.*
2. *Die Finanzierung soll vorrangig mit Hilfe von Fördermitteln und Spenden erfolgen, die zu erwartenden Kosten sind jedoch vollständig in die Haushaltsplanung 2023 aufzunehmen.*

Abstimmungsergebnis: mit 20 Ja - Stimmen
gegen 0 Nein - Stimmen
bei 0 Stimmenthaltungen beschlossen

6.8 Ankauf der Hartgesteinsskulptur "Segel Human" von Nino Grasso

Vorlage: BV-185/2021

Auf Nachfrage von Herrn Winkler erläutert Frau Türpe, dass die Kosten aus Spenden und Mitteln aus dem Konto Kunst im öffentlichen Raum beglichen werden sollen.